

vierteljährlich 3 Mark 70 Pf. ...

Gründet 1877.



Von 1000 bis 1500 ...

Versprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 106 Druck und Verlag in Altschweigen. Freitag den 7. Mai Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. 1920.

Japanische Politik.

Ein Mitarbeiter des 'Berliner Tageblatts' berichtet von einem Gespräch mit einem maßgebenden Mitglied der japanischen Mission in Berlin...

gang des Kriegs sei gefährdet, und ich drang darauf, daß diesbezügliche Schritte getan würden...

Aussteuer und Vermögenszuwachs.

Auf eine Eingabe des Bundes der Landwirte hat der Reichsfinanzminister am 20. April folgendes geantwortet: Die einer Tochter im Falle ihrer Verheiratung zur Einrichtung des Haushalts gewährte Aussteuer...

Ich möchte nicht unterlassen, noch besonders darauf hinzuweisen, daß die Rechtslage eine andere ist, soweit nicht eine Aussteuer, sondern eine Ausstattung der Tochter gewährt worden ist...

Neues vom Tage.

Aus dem Parteileben.

Berlin, 6. Mai. Auf der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei führte Abg. Koste aus, die Gewalttaten von links haben den Bürgerkrieg entseht...

München, 6. Mai. Die Bayerische Volkspartei erklärt eine Erklärung, daß der Anschluss an das Zentrum solange unmöglich sei, als seine Politik nicht den bundesstaatlichen Charakter des Reichs wieder erkenne...

Lohnbewegung.

Berlin, 6. Mai. Die Berliner Industriearbeiter sind in eine neue Lohnbewegung eingetreten...

Offen, 6. Mai. Die hiesigen Bankangestellten haben heute die Arbeit niedergelegt.

Kiel, 6. Mai. Die Angestellten sämtlicher kaufmännischer Betriebe beschloffen gestern nachmittags einstimmig in den Streik zu treten.

Frankfurt wird nicht geräumt.

London, 6. Mai. Nach der 'Times' teilte Frankreich dem Rat der Verbündeten mit, daß es den Zeitpunkt für die Räumung Frankfurts noch nicht für gekommen halte.

Münster, 6. Mai. Das Borträgen der Sicherheitstruppen südlich der Ruhr ist bei Remscheid zum Stillstand gekommen; aus Solingen sind die Truppen wieder zurückgezogen worden.

Breslau, 6. Mai. Der französische Alpenjäger Fesenti, der den Güterboden aufseher Plazet in Oppeln ohne jeden Grund erschossen hat, wurde zu 10 Jahren Deportation und Zwangsarbeit verurteilt.

Reichsfinanzler Müller über die Sozialisierung.

Berlin, 6. Mai. Auf der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei sprach heute der Reichsfinanzler Müller. Er sagte u. a.: Wir müssen gegen rechts und links die Demokratie und die Republik verteidigen...

Der holländische Kredit.

Rotterdam, 6. Mai. Nach dem 'N. Rot. Cour.' ist der Abschluß des holländisch-deutschen Wirtschaftskredits von 200 Millionen Gulden von den Regierungen unterzeichnet worden.

Lohnbewegung.

Magdeburg, 6. Mai. Infolge des Streiks der Dammenschiffer liegen in Magdeburg 200 Lastfähnen und Schlepper fest mit insgesamt 150 000 Tonnen, darunter 20 000 Tonnen Lebensmittel...

Dachau, 5. Mai. Die hiesigen Bankangestellten haben heute die Arbeit eingestellt.

Kontinuität in Budapest.

Budapest, 6. Mai. In Budapest wird eine päpstliche Kontinuität für Ungarn errichtet, für die der Auditor der Kontinuität in München Schöpky bestimmt ist...

Deutsch-amerikanischer Handelsvertrag.

Washington, 6. Mai. Da Wilson die Entschärfung des Senators Knox, den Friedenszustand mit Deutschland herbeizuführen, abgelehnt hat, legte der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten dem Senat eine neue Entschärfung vor...

Vorschläge gegen die Geldnot.

Paris, 6. Mai. Die internationale Konferenz für den Weltmarkt befaßte sich mit Vorschlägen des belgischen Delegierten Baron Descamps betreffend Herabsetzung des Papiergeldumsatzes...

Oberst Bauer für die Absetzung des Kaisers.

Der amerikanische Berichterstatter Wiegand sendet, wie der 'Wirt. Zeitung' gemeldet wird, dem 'Newport American' einen Bericht über eine Unterredung mit dem Oberst Bauer. Bauer erklärte, es sei eine ganz irrtümliche Meinung, daß die Oberste Herrensleitung im Krieg in bezug auf Politik und militärische Maßnahmen diplomatische Rücksicht befehlen habe...



Chelved legte die Lage seines Landes dar, das durch die Ausgabe von 7 1/2 Milliarden Gutscheinen während der deutschen Besetzung einen Verlust von ungefähr 10 Milliarden erlitten habe. Sodann erörterte der frühere Präsident der britischen Handelskammer in Paris, Birken, ein System, wonach Gutscheine für Lebensmittel- und Rohstoffbeschaffung auszugeben wären, die nach 5 Jahren zum Nennwert eingelöst werden müßten.

Osaka, 6. Mai. „Nieuwe Courant“ meldet: Aus London wird mitgeteilt, daß der interkalierte Oberste Rat beschloffen hat, daß Vertreter der wirtschaftlichen Abteilung unterzüglich nach Kopenhagen reisen sollen, um dort mit Krassin und anderen Delegierten der Sowjetregierung zu beraten. Die englische Regierung hat für die Sowjetdelegierten die Erlaubnis erteilt, nach London zu kommen.

Amerikanischer Protest gegen die Einklerkung der Irländer.

Paris, 6. Mai. Nach einem Washingtoner Bericht der Havas-Agentur haben 88 Mitglieder des Repräsentantenhauses an Lloyd George ein Protesttelegramm gerichtet, worin sie Einspruch dagegen erheben, daß in England Personen unter der Anklage politischer Vergehen ohne Urteil ins Gefängnis geworfen werden.

Griechenland — Kriegsgewinnler.

Washington, 5. Mai. Der Senatsauschuß hat eine Entschließung Lodge's zur Annahme empfohlen, daß der nördliche Epirus und die zwölf Inseln des Ägäischen Meeres an der Westküste Kleinasiens Griechenland zugesprochen werden sollen.

Neues Ministerium in Madrid.

Madrid, 5. Mai. (Havas.) Dato hat das neue Ministerium folgendermaßen gebildet: Präsidium: Dato, Inneres: Bergamino, Äußeres: Marquis de Sema, Krieg: Bicomte de Eza, Justiz: Bugallal, Finanzen: Piscal, öffentliche Arbeiten: Optunio, Unterricht: Espadar, Gewerbe, Industrie und Versorgung: Canal.

Krieg im Osten.

Paris, 6. Mai. Der „Matin“ teilt mit, daß englische und französische Truppen in Odessa wieder eingesetzt seien. Die rumänischen Truppen haben bei Kischnew die Front der Bolschewisten durchbrochen.

Krieg im Osten.

Rotterdam, 6. Mai. Aus Wladivostok melden englische Blätter, daß der Hilfszug des englischen Roten Kreuzes im Innern Sibiriens angehalten wurde und daß das Personal erschossen worden sei.

Ausbreitung von Eisenbahnern.

Mailand, 5. Mai. Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Genua haben Eisenbahner in Brignoli einen Eisenbahnzug festgehalten, in dem sich 100 Polizisten nach Florenz begeben wollten. Die Eisenbahner zwangen die Polizisten zum Verlassen des Zugs, sobald sie sich in Kraftwagen nach ihrem Bestimmungsort begeben mußten.

Die Blätter kündigen die Veröffentlichung von Verordnungen des Finanzministers an, durch die alle Lutharbeiten schwer bestraft werden, ferner eine Verordnung, welche den Zeitungsverlegern untersagt, das Zeitungsbudget weniger als jährlich 50 Lire festzusetzen.

Paris, 6. Mai. Nach einer Havasmeldung aus Washington hat Senator Knox zu Gunsten des Friedens mit Deutschland und Österreich gesprochen.

Bermischtes.

Wie das japanische Papier gemacht wird.

Japanisches Papier genießt bei uns einen hohen Ruf, und Lurusdrucke, die aus solch köstlichem Stoff hergestellt sind, bilden das Entzücken jedes Bücherfreundes. Daß auch das japanische Holzpapier seine Vorzüge besitzt, läßt sich aus der Art der Fabrikation erkennen, über die im „Neuen Orient“ eingehend berichtet wird. Seit Jahrhunderten wird in Japan die Papierfabrikation betrieben. Man verwendet zur Herstellung von Holzschnitt die zähen und biegsamen Blattfasern einiger besonders geeigneten Baumarten, die lange zähe Fasern besitzen. Diese Fasern werden nun nicht durch Schneiden oder Hacken zu Papierbrei verarbeitet, sondern durch Schlagen und Stampfen, so daß die Fasern unverletzt bleiben. Dabei wird darauf geachtet, daß die gleichlaufenden Fasern immer von links nach rechts zu liegen kommen; deshalb kann das japanische Papier leicht nur in der anderen Richtung zerrissen werden. Da das Papier nicht besonders gebleicht oder mit Glanz versehen wird, besitzt jeder Bogen als Folge des Trocknungsprozesses eine raue und eine glatte Seite: man spannt nämlich die hergestellten Blätter auf eine glattgeschabte Holzplatte zum Trocknen, wodurch die auf der Platte ruhende Seite des Bogens bedeutend glatter wird als die obere Fläche. Da nur die glatte Seite bedruckt wird und die rauhen Flächen beim Binden zusammengelegt werden, so bestehen die japanischen Bücher eigentlich aus Doppelblättern von dünnen Bögen. Das japanische Papier ist sehr durchlässig und eignet sich wenig zum Schreiben mit Tinte und Feder. Für den Gebrauch der borstigen Schreibstifte und der ostindischen Tinte, die die Japaner beim Schreiben benutzen, ist es aber sehr gut. Das japanische Papier hat meistens eine gelbliche Farbe, da man ein Bleichungsverfahren in Japan nicht kennt.

und erklärt, der Völkerverbund müsse vollkommen umgestaltet werden, denn nach seiner jetzigen Konstruktion könne er nur Ungelegenheiten bringen.

Paris, 6. Mai. Der „Matin“ schreibt, der Vormarsch der Reichswehr südlich der Ruhr mache es für lange Zeit unmöglich, den Rheingau zu räumen. Frankreich werde eine Note nach Berlin richten. (Der Vormarsch ist sofort eingestellt worden. D. Schr.)

London, 6. Mai. Eine irische Polizeistation wurde heute morgen von bewaffneten Männern in die Luft gesprengt.

Ordnungsblock in Gotha.

Gotha, 6. Mai. Die Deutschnationale Partei, die Deutsche Volkspartei und der Bauernbund in Gotha haben sich bereit erklärt, zusammen mit der Demokratischen Partei und gegebenenfalls mit der Mehrheitssozialdemokratie einen Ordnungsblock mit gemeinsamer Liste für die Reichstagswahlen zu bilden. Die Demokratische Partei und die Mehrheitssozialisten haben noch keine Entscheidung getroffen.

Vollschweißiges.

London, 6. Mai. Nach einem bolschewistischen Fundspruch haben sich die Reste der Freiwilligenarmee, die den rechten Flügel von Denikins Armee bildeten, östlich von Sebastopol, den Bolschewisten ergeben. Es wurde ihnen ihr Leben gesichert, während alle Führer „zum Tode verurteilt“ wurden. Es kapitulierte im ganzen 60 000 Mann.

Württ. Landtag.

Stuttgart, 6. Mai. (89. Sitzung.) Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Anfrage der Frau Abg. Blau und Gen. über die schwarze Schwammpilz in den besetzten Gebieten, aber die tatsächliche Vergrößerung deutscher Frauen und Mädchen durch Schwarz. Diese ist nur ein Teil einer Politik, die im Friedensvertrag niedergelegt ist. Wir müssen dieses schweigend dulden, aber gegen diese Schwammpilz muß das Weltgewissen aufgerufen werden.

Staatspräsident Hoes: Es gibt keine Worte, um diese Schwammpilz zu brandmarken. Württemberg wird in Berlin vorstellig werden, daß die Sache auf der Konferenz in Spa zur Sprache kommt.

Dem Antrag wird von allen Seiten zugestimmt.

Man tritt sodann in die Beratung des

Landtagwahlgesetzes

an.
Abg. Ullrich (D.D.P.): Der Entwurf baut sich auf aus einer Verbindung der Verhältnis- und Bezirkswahl. Man hätte eine beständigere Wahlkreiseinteilung vornehmen können, wenn man die Oberamtsgrenze nicht festgehalten und noch Zeit für eine Neuordnung gehabt hätte. Der Sonderauschuß hat in 5 Wahlkreisen eine Änderung bzw. Neugruppierung vorgenommen. Der Antrag Pfleger (S.), der die ursprüngliche Einteilung vorzieht, verheißt darauf, daß man sagt: Böblingen, Herzogenberg und Tübingen seien ohne Zusammenhang.

Abg. Kattinat (S.) fordert die Wiederherstellung der Regierungsverfassung. Der Bezirk Böblingen gehöre zu Stuttgart-Stadt.
Abg. Körner (D.D.P.): Kleine Wahlkreise sind für Minderheiten schädlich und vereiteln den Zweck der Verhältniswahl. Wir beanstanden vor allem die Zusammenlegung von solchen Wahlkreisen, bei denen die Wahrscheinlichkeit besteht, daß durch die zahlreichen Stadtmähler die Landbevölkerung nicht die richtige Vertretung finden kann. Wir wollen Wahlkreise schaffen aus vier bis fünf Oberämtern und mit einer Bevölkerungszahl von 150 000 Einwohnern, zusammen 15 Wahlkreise.

Abg. Weber (S.): Auch wir hätten an den Anträgen verschiedenes auszusetzen; aber wir stellen unsere Bedenken zurück. Wir haben schwere Bedenken in Oberamtsbezirken.

Abg. Schref (D.D.P.) befürwortet die Auswahlanträge.
Der Antrag Körner (Herabsetzung der Wahlkreiszahl von 24 auf 15) wird gegen die Stimmen der Bürgerpartei abgelehnt; ebenso der Antrag Pfleger. Der Auswahlantrag wird einstimmig angenommen.

Ein Antrag der Unabh. zu Art. 5, den Untersuchungsgefängnisse die Wahlrechts zu ermöglichen, wird abgelehnt. Art. 3-16 werden ohne erhebliche Aussprache angenommen.

Das Land der Briefmarken ist zweifellos Ungarn. Auf dem Gebiet des einstigen ungarischen Königreichs laufen heute nicht weniger als 1342 verschiedene Briefmarken um. Der Grund dieses Briefmarkenreichtums liegt in den politischen Verhältnissen, und an der Hand der vielen Marken kann man deutlich den Leidensweg verfolgen, den Ungarn seit dem Zusammenbruch der Front durchzumachen gezwungen war. Vor allem gab die karolische Regierung neue Marken aus, die die Aufschrift „Ungarische Post“ trugen, ankant „Königlich ungarische Post“. Diese Marken kursierten bis zur Ausrufung der Räterepublik. Bela Kuhn besetzte diese Marken mit einer Ueberstempelung zu versehen. Doch dies genügt ihm nicht, es wurden neue Marken ausgegeben, die mit den Werten verschiedener kommunistischer Größen geschmückt waren. Die Marken kamen aber gar nicht in den Verkehr (trotzdem kostet der Satz zur Zeit in Deutschland ungefähr 40-50 Mark), denn die Räteregierung brauchte Geld und verkaufte den ganzen Vorrat aus erster Hand an Wiener Briefmarkenhändler. Jetzt mußte die Regierung Friedrich die bereits einmal überstempelten älteren Marken erneuert verwenden und zwar geschieht das derart, daß sie die Ueberstempelung der Räteregierung ihrerseits wieder mit einem dicken schwarzen Strich überstempeln ließ. Doch mit diesen Marken ist der Reichtum an ungarischen Marken noch lange nicht erschöpft. In den von den Jugoslawen, Rumänen und Franzosen besetzten Gebieten wurden die ungarischen Marken überall mit einer anderen Ueberstempelung versehen, auch die Szegediner Gegenregierung ließ die Marken, die in Szeged in vorrätig waren, überstempeln. Die meisten dieser Marken gerieten aber nicht in den Verkehr sondern wurden nach dem Rezept Bela Kuhns direkt an die Händler verkauft. Es ist bezeichnend, daß eine Serie dieser überstempelten ungarischen Briefmarken, die den Nennwert von 23 Kronen hat, heute bereits mit 1000 bis 1500 Kronen im Briefmarkenhandel bezahlt wird. Für die Briefmarken der Szegediner Gegenregierung werden sogar 2000

genommen. Die Soldaten dürfen also auch nicht zum Vandalen wählen (Art. 6). Tritt ein Abgeordneter aus einer Partei aus, so hat er das Mandat niedezulegen. Gegen diese Bestimmung stimmt die Bürgerpartei.

Bei Art. 17 beantragt der Auschuß die gebundene Liste. Abg. Dr. Hartenstein (D.D.P.) ist für eine freie Liste im Widerspruch mit der Mehrzahl seiner Fraktion. Er nimmt die von der Regierung vorgesehene Möglichkeit der Zulassung von Stimmensammlung und freier Liste in einem besonderen Antrag wieder auf. Der Wähler sei mißtrauisch gegen die Parteien.

Minister Heymann, Abg. Körner (D.D.P.), Weber (S.) sprechen dagegen.

Der Antrag Hartenstein wird gegen 12 Stimmen der D. den Partei abgelehnt. Die Art. 18 und 20 werden nach den Auswahlanträgen angenommen.

Bei Art. 21 (Sitzungsliste) spricht Abg. Schott (D.P.) gegen den Art. 2, weil er den jetzigen Parteien ein Monopol auf ihren Besitzstand sichern wolle. Kleine Parteien können dabei gar nicht zum Zuge, und neue Parteien könnten sich nicht bilden. Der Antrag sei reaktionär und undemokratisch.

Abg. Hausmann (D.D.P.): Die Frage hat auch beim Reichswahlgesetz eine Rolle gespielt. Die Gemeinwahlen haben große Vorteile. Das ist die Wahl eines Abg. in einem Bezirk. Sie sollen künftig mehr zur Geltung kommen. Die neuen Wahlkreise seien zugleich eine Vorarbeit für neue Verwaltungsbezirke, die der neue Landtag erledigen müsse.

Der Antrag Schott auf Streichung des Art. 2 wird gegen die Bürgerpartei abgelehnt.

Die Artikel 21 bis 29 werden ohne erhebliche Aussprache angenommen, ebenso Art. 30 (Kosten der Wahl), wonach die Hälfte der Wahlkosten vom Staat getragen werden, und der Zusatzantrag, daß die Gemeinden den Wählervereinigungen Räume (Schullokale) zu überlassen haben. Die Schulartikel und die Entschädigung, daß in Gemeinden mit Maut- und Klauensteuer bei der Abhaltung besondere Vorkehrungsmaßnahmen getroffen sind, finden gleichfalls Annahme.

Damit ist die 2. Beratung des Gesetzes erledigt. Die 2. Sitzung findet am Samstag statt.
Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr.

Der Volkswirtschaftliche Auschuß hat einen Antrag Schott (D.D.P.), bei der Reichsregierung den Abbau der Zwangsverpflichtung anzuregen, die Zwangswirtschaftung von Brotgetreide, Haber, Kartoffeln, Fleisch, Fett und Milch solange beizubehalten, als die Beschaffung der fehlenden Mengen vom Ausland nicht zu erträglichen Preisen möglich ist und die Zwangswirtschaftung für das laufende Jahr noch durchzuführen, angenommen. Gegen die Beibehaltung stimmte die Bürgerpartei. Ein Antrag Körner (Bauernbund), die Zwangswirtschaftung durch Lieferungsverträge zu ersetzen, wurde abgelehnt.

Aus Stadt und Land.

Mittwoch, 7. Mai 1920.

r. Partei. Es wird uns geschrieben: Im Lannblatt vom 27. April war ein Aufruf der Deutschen Volkspartei zu lesen, die an Stelle der früheren Nationalliberalen (Deutschen Partei in Württemberg) wieder ins politische Leben eintritt. Als nach der Revolution bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zum Landtag die Deutsche Partei aus dem Wahlkampf freiwillig ausschied, waren ihre Anhänger gezwungen, entweder nach rechts zur Bürgerpartei oder nach links zur deutschdemokratischen Partei überzugehen, wollten sie nicht auf parteipolitische Betätigung verzichten. Mit der Zeit stellte sich immer deutlicher heraus, daß viele von dieser wie von jener der gemauerten Parteien nicht befriedigt waren. Die deutschdemokratische Partei gestattete sich immer mehr zur Schleppträgerin der Sozialdemokratie und die Bürgerpartei verhielt sich auf bloße Opposition und Vertretung wirtschaftlicher Interessen. Eine Mittelpartei, die am Ausbau des Vaterlandes in positiver Hinsicht, an der Erneuerung des Volks- und Staatslebens, an der Ordnung in Land und Reich durchgreifend teilnehmen und dem Einzelnen seine Pflichten und Rechte innerhalb der Volksgemeinschaft zu kommen lassen will, mußte wieder ins Leben gerufen werden, damit der so gerüttelte politische Wille sich betätigen konnte. Die in Norddeutschland durchgehaltene nationalliberale Partei hat denn auch in Württemberg

Kronen im Handel gefordert. Auch hier zeigt sich, wie das Briefmarken-Trade nationalfinanziell ausgenutzt und seinem Zweck, dem postalischen Verkehr zu dienen, gelegentlich völlig entfremdet wird. Einen eigentlichen Sammelwert haben solche, lediglich für die Briefmarkenhändler und — Spekulanten hergestellten Werten-Serien natürlich nicht. Deshalb sind die für solche „Marken“ geforderten und genannten Preise vielfach nicht anderes als Phantastierzengnisse, dazu bestimmt, den Spekulanten hohe Gewinne zuzuführen.

Der Schicksalsbaum von Jerusalem. In Jerusalem hat in der vergangenen Woche, wie englische Zeitungen berichten, ein gewaltiger Schneesturm gewüthet, der großen Schaden veruracht. An einigen Stellen lag der Schnee drei bis vier Meter hoch. In der Via Dolorosa, der Straße nach Golgatha, sind viele Häuser eingestürzt. Im Garten Gethsemane wurden durch den Sturm zahlreiche Bäume gefällt, bei anderen brachen die Äste unter der Last der Schneemassen. Das Dach der Omar-Moschee wurde erheblich beschädigt und die berühmten Terrassen mußten vor dem herniederströmenden Lawastur schleunigst entleert werden. Der Sturm hat auch das Schicksal des unter dem Namen „Dumiri“ bekannten Baums besiegelt, der außerhalb der Stadtmauer am Jaffa-Tor stand und von den Türken früher als Galgen für Schwerverbrecher benutzt wurde. An diesen Baum knüpfte sich eine Sage, wonach, wenn dieser Baum einmal falle, die türkische Herrschaft zu Ende gehen werde. Um dieses Schicksal hintanzuhalten, hatte man den vermoderten Stamm sorgfältig mit Pfählen gestützt und mit Eisenringen geflammert. Alles das aber hat ihn nicht vor dem Zusammenbruch gewahrt, und die gläubigen Türken stehen nun erbeben vor dem Baumstumpf, der das Reich des Kalifen mit in seinen Fall hineingerissen hat.

Sommerliche Wucher. Auf eine Anfrage kam aus dem kleinen Ort Schildow in der Mark die Antwort, daß für einen kleinen Zimmer mit 2 Betten und Verpflegung für Person und Tag 100 Mark verlangt werden.



berg als Deutsche Volkspartei in diesem Frühjahr ihre Anerkennung gefordert. Am hiesigen Ort nahm Dr. Hans Vogel die Sache in die Hand, ward für die genannte Partei und schritt zur Gründung einer Ortsgruppe. Im Nebenraum zum „Adlon“ wurde letzten Dienstagabend über die Grundzüge der erneuerten Partei mit Beziehung auf unsere politische Lage in Reich und Land und unter Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse gesprochen und nach Austausch der Ansichten zur Gründung einer Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei geschritten. In die Vorstanderschaft wurden gewählt Rektor Jetter als Vorsitzender, Dr. Hans Vogel als Schriftführer und Kaufmann Wucherer als Kassier. Nach der Wahl von 4 Kandidatenzugewählten kamen noch einige Organisationsfragen zur Besprechung. Eine öffentliche Versammlung wird in Kürze den für die neue Partei Interessierten näheren Aufschluß geben über unsere vaterländische und freirechtliche, nationale, liberale und soziale Politik. Wir sind der guten Hoffnung, daß noch mancher Staatsbürger und manche Staatsbürgerin, die durch ihre Partei nach den Wahlen enttäuscht worden sind oder überhaupt nicht gefunden haben, was sie suchten und wünschten, bei der Deutschen Volkspartei als Gesinnungsgenossen sich einfinden werden.

Die Vergütungssteuer. Dem württembergischen Landtag ist die Vorlage über die Vergütungssteuer zugegangen. Der Steuer unterliegen nicht nur eigentliche Vergütungen wie Tanzbelustigungen, Theateraufführungen, Volksbelustigungen (Kaufmann usw.), sondern auch Konzerte und Vorträge gegen Eintrittsgeld, Ausstellungen, Vereinsveranstaltungen (z. B. Preisfesten), Glückspiele, einseitig, ob sie Unterhaltungs- oder sonstigen Zwecken dienen. Ausgenommen sind nur Veranstaltungen, die dem Unterrichte an öffentlichen oder privaten Unterrichtsanstalten dienen und für Schüler dieser Anstalten geboten werden. Die Kartensteuer bei Theateraufführungen, Konzerten, Vorträgen, Sportveranstaltungen beträgt 10 bis 25 Prozent des Eintrittsgelds, sonst 20 bis 50 Prozent. Die Steuer kann aber unter Umständen auch nach der Größe des Raumes bemessen werden, in dem die Veranstaltung abgehalten wird. Bei Glückspielen, Preiswettspielen kommen Sätze von 30 bis 75 Prozent der Brutto-Einnahmen zur Anwendung. Die Höhe der Steuer richtet dem Staat, die andere Hälfte der Gemeinde, diese kann aber noch Zuschläge erheben. Jede Gemeinde ist zur Erhebung der Steuer, die schon am 15. Mai in Kraft treten soll, verpflichtet.

Die Wohnsteuer soll in großen und mittleren Städten auf 10 Mark, in den übrigen Gemeinden auf 5 Mark für einen Mann erhöht werden; selbständige Frauenspersonen zahlen die Hälfte. Die Gemeinden sind berechtigt, eine Fremdenwohnsteuer bis zu 10 Prozent des Mietpreises zu erheben, wenn das Entgelt für den Tag oder die Übernachtung 2 Mk. oder mehr beträgt.

Die Hundeabgabe wird auf 20 Mk. erhöht. Durch Beschluß des Gemeinderats kann die Abgabe bis zum Betrag von 100 Mk. für einen Hund, von 150 Mk. für jeden weiteren Hund desselben Steuerpflichtigen erhöht werden.

Die Wandergewerbe-Erfahrer kann durch Ortsparlament bis auf 100 Mk. erhöht werden.

Abholung von Tierleichen. Für die Abholung einer Tierleiche, die mit einer Seuche behaftet ist, werden neue Gebühren erhoben. Für eine große oder mittelgroße Tierleiche müssen 100 Mk., für eine kleine Tierleiche 50 Mk., für kleine Schafe, Schweine, Ziegen, Hunde, Katzen usw. 10 Mk. bezahlt werden.

Eisenbahnwochenkarten. Nach den für alle deutschen Staatsbahnen gültigen Tarifbestimmungen sind die Wochenkarten vor der Benutzung mit Vor- und Nachnamen mit Tinte oder Tintenstift zu unterschreiben. Wochenkarten ohne Unterschrift sind ungültig. Auf Verlangen hat der Inhaber seine Unterschrift zu wiederholen. Die Wochenkarte darf nur von der Person, die sie unterschrieben hat, benutzt werden. Die Fahrt darf nicht unterbrochen werden.

Die neuen Stimmzettel. Die neuen Stimmzettel für die kommenden Wahlen werden nicht mehr aus weißem, geglättetem Papier, sondern aus Zeitungspapier hergestellt. Die Wahlkosten werden dadurch erheblich ermäßigt. Es ist auch nicht mehr notwendig, auf den Stimmzetteln alle Kandidaten aufzuführen, es genügt der erste Name der aufgestellten Liste. Selbst die allgemeine Parteibezeichnung auf dem Stimmzettel kann genügen. Sie muß nur deutlich erkennbar sein.

Die Krankenkassenbeiträge. Nach den von den Ortskrankenkassen an die Arbeitgeber versandten Mitteilungen werden die Versicherungsbeiträge um 7 Prozent des Grundlohns erhöht. Für die höchsten jetzt einkommensbezogenen Einkommen von 15 000 Mark wären demgemäß Jahresbeiträge von 1050 Mark zu entrichten, also beinahe die Hälfte der auf diese Einkommen entfallenden Reichseinkommensteuer von 2300 Mk.

Das Ende des Ortsportos. Mit dem 5. Mai mitternachts wird den Großstädten ein unter dem Grafen Tobiolski gewährtes Vorrecht, das Ortsporto zu billigen Sätzen, genommen. In Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur, als es sich die Reichspost noch leisten konnte, gewährte sie gleichzeitig mit der Aufhebung der Privatposten in den Großstädten den 5 Pf. Ortsbrief und die blaue 2 Pf. Postkarte. Am 6. Mai hört dieses Recht auf, und auch im Orte kostet die Postkarte 30 Pf., der Brief 40 Pf. Die Gebühren für den Freidienst, den die Postverwaltung, Österreich, Westfalen, Luxemburg und Ungarn bleiben die gleichen wie für das Ausland. Für das übrige Ausland kosten einfache Postkarten 40 Pf., mit Rückantwort 80 Pf. Briefe bis 20 Gramm 80 Pf., jede weiteren 20 Gramm (ohne Rückgewicht) 60 Pf.

Noch keine Express- und Schnellzüge. Wegen eingetretener Hindernisse auf der französischen Strecke ist die Ausführung der angekündigten Express- und Schnellzüge Paris—Wien und zurück und Paris—Prag—Warschau und zurück, sowie der Jüge 47 Mühlbacher—Badnang, 117/118 Stuttgart—Münster und zurück, 52 Stuttgart—Karlsruhe bis auf weiteres verschoben.

Neue Nachrichten aus Krasnojarsk. Einer Zuschrift der Schwab. Frauenliga zur Heimholung der Gefangenen entnehmen wir: Nach kürzlich eingegangenen Nachrichten ist das sibirische Gefangenenlager Krasnojarsk Ende vor J. nach dem Osten verlegt worden, und 900 Kriegsgefangene aus diesem Lager hatten sich nun als freie Bürger in Alexandrowka bei Tschita in Transbaikalien an. Wohin sich die übrigen Krasnojarsker Gefangenen gewendet haben, geht aus den Berichten nicht hervor; wahrscheinlich ist ein Teil von ihnen in Irkutsk geblieben. Der Transport der Gefangenen ist in Ruhe und ohne zu große Beschwerden und Schikanen vor sich gegangen. Sie sind nun der Heimat ein Stück näher gerückt und der leichtere Seeweg von Vladivostok steht ihnen offen.

Eine kühle Nacht. Die Temperatur ist in der Nacht auf Donnerstag bei Nordwind in Stuttgart auf 2 1/2 Grad über Null gesunken, in Hohenheim sogar 1/2 Grad unter den Gefrierpunkt gegangen. Das Freudenbad 1 1/2 und Münsingen 3 Grad unter Null aufweisen, ist demnach nicht verwunderlich. Das aber auch Vöhrach mit seinem Ostreichstum 2 Grad Kälte hatte, dürfte in der dort schon weit vorgeschrittenen Vegetation nicht ohne ernstlichen Schaden vorübergegangen sein.

Der Streit um die Rebellhöhle. Der neu entdeckte Teil der Rebellhöhle legt sich aus vier Hallen zusammen, die eine Länge von 180 Metern haben. Der Stuttgarter Ingenieur Wilhelm Kopp hat diese Wunder der Tropfsteinbildungen erschlossen. Der neu entdeckte Teil liegt auf der Markung Genkingen, die alte Rebellhöhle auf Markung Oberhausen. Zwischen beiden Gemeinden ist nun ein Streit über den gemeinsamen Betrieb entstanden, da man sich in Oberhausen nicht dahin verständigen konnte, die Einnahmen aus den Eintrittsgeldern in zwei gleiche Hälften zu teilen. In Genkingen drohte man damit, die Verbindung mit der alten Höhle zuzuschneiden und einen eigenen Eingang herzustellen. Nun schritt das Oberamt Neutlingen ein und verfügte die vorläufige Schließung der Höhle.

Calw, 6. Mai. (Aus dem landwirtschaftlichen Bezirksverein.) Am 1. Mai fand in Calw eine Ausschüttung statt. Nach Begrüßung der Anwesenden erstattete Vereinsvorsitzender Dingler kurzen Bericht über die erste Tagung der Landwirtschaftskammer. Der Vorsitzende berichtete anschließend eingehend über unsere Bezirk zur Erfüllung des Friedensvertrags anferlegte Viehlieferung an den Feindbund. Abgeliefert wurden 60 Kühe und Küder und 1 Ferkel. Zurückgewiesen wurde nur 1 Kuh. Der von der Fleischverorgungsstelle gewährte Höchstpreis von 3960 M für Kühe und Küder entsprach weit nicht den tatsächlichen Viehpreisen und es müßten deshalb die Gemeinden ganz erhebliche Zuschüsse leisten, um überhaupt Vieh zu bekommen. Die Fleischverorgungsstelle hat nun nachträglich rückwirkend den Viehpreis auf 45500 erhöht u. es wurde nach längerer Beratung beschlossen, den nachträglichen Preiszuschlag den Gemeinden, die Zuschüsse geleistet haben, zu überlassen. Ein Antrag zur Erhöhung der Milchpreise zu fassen, da sie in keinem Verhältnis mehr zu den Erzeugungskosten stehen und die Landwirte gezwungen seien, ihre Milch abzugeben, wenn sie keine höheren Milchpreise bekämen, wird zwar als berechtigt anerkannt, der Antragsteller aber auf die demnächst in Stuttgart stattfindende Bauernversammlung verwiesen, in der jedenfalls diese Frage auch behandelt werde. Zum Schluß der Verhandlungen ermahnt der Vorsitzende im Hinblick auf die kommenden Wahlen zum Zusammenhalten.

Wildbad, 5. Mai. Die Kuraison hat begonnen. Die Kurkapelle unter der bewährten Leitung des Musikdirektors Franz hat den Kurbeginn mit einem gut gewählten Vormittagskonzert in der Trinkhalle eingeleitet. Gegen Ende des Monats wird das Landes-Kurtheater unter der Direktion von Steng und Krauß (Heildran) mit seinen täglichen Vorstellungen beginnen. Bis dahin wird durch musikalische Darbietungen, Symphoniekonzerte, Kammermusikabende, sowie Rezitationen für die Unterhaltung der Gäste gesorgt.

Vom bad. Schwarzwald, 6. Mai. In der verflochtenen Nacht sind bei klarem Himmel in der Rheinebene und im Schwarzwald starke Fröste aufgetreten. Die Temperatur fiel in der Rheinebene stellenweise bis ein Grad, in engen Schwarzwaldtälern, namentlich bei Donauschingen bis 5 Grad unter dem Gefrierpunkt. Im hohen Schwarzwald, namentlich im Feldberggebiet, ist gestern Neuschnee gefallen, so daß dort die Berge bis auf 1100 Meter herab wieder eine Schneedecke tragen.

Neuningen, O.A. Leonberg, 6. Mai. (Guter Fischfang.) Der hiesige See wurde gestern ausgefischt mit dem Ergebnis, daß etwa 4 Zentner Karpfen und Sechse gefangen wurden.

Redarfslim, 6. Mai. (Motorradrennen.) Bei den am 2. Mai auf der Olympia-Bahn, Berlin, stattgefundenen, großen, russischen Motorradrennen des Adac siegten in sämtlichen gefahrenen Rennen Redarfslimer Motorräder überlegen. Es wurden damit insgesamt 4 erste, 2 dritte und 3 vierte Preise geholt.

Hall, 6. Mai. (Schleischhandel.) Wegen Schleichhandels mit schwarzgeschlachtem Fleisch in 7 Fällen wurde der Hirschwirt Hermann Riethammer in Marbach zu 8 Monaten Gefängnis und 5000 Mk. Geldstrafe,

der Landwirt Paul Schanzenbach von Vöhrach wegen Beihilfe in 4 Fällen zu 6 Monaten Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe, der Landwirt Ludwig Däubler von Erlin wegen Beihilfe zu 3 Wochen Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe, der Handelsmann Abraham Schlachter von Hall wegen gewerbsmäßiger Beihilfe zu 4 Wochen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, der Metzger und Wirt Christian Keller von Hessel wegen Beihilfe in 2 Fällen, Widerstands gegen die Staatsgewalt, Beleidigung und unerlaubten Waffentragens zu 6 Monaten Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Hall, 6. Mai. (Diebstahl.) In der Nacht zum Dienstag wurden in einem Schuhgeschäft 50 Paar Stiefel im Wert von 8000 Mk. gestohlen. Die Diebe gaben ihre Beute als Paket in Hessel nach Stuttgart auf. Auf der Post wurde es aber kontrolliert, die Schuhe konnten dem Eigentümer zurückgegeben werden. Drei Diebe wurden in Haft genommen.

Heidenheim, 6. Mai. (Kleinhandelsverband.) 130 Ladenbesitzer und Kleinhändler haben sich zur Wahrung ihrer Interessen zu einem Interessensschutzverband, der den Namen Kleinhandelsverband für den Bezirk Heidenheim führt und zu einer Bezirksorganisation ausgebaut werden soll, zusammengeschlossen.

Stuttgart, 6. Mai. (Der Wahlleiter für die Reichstagswahl.) Zum Kreiswahlleiter für den Wahlkreis Württemberg, zu dem auch der Regierungsbezirk Sigmaringen gehört, sowie zum Verbandswahlleiter für den 17. Wahlkreisverband Württemberg-Baden ist Regierungsrat Dr. Widmann im Ministerium des Innern und zu seinem Stellvertreter Ministerialrat Dr. Reuschler ernannt worden.

Brackenheim, 6. Mai. (Französischer Unterricht.) Der Gemeinderat hat die Eingliederung des französischen Unterrichts als Wahlfach in den ordentlichen Lehrplan der Volksschule genehmigt. Er wird in zwei Abteilungen gegeben.

Rotenburg, 6. Mai. (Der Alkohol.) Der vermeintliche Mord auf der Straße nach Hirtlingen vom 1. Mai ist aufgeklärt. Der Verunglückte, Heuter aus Bienenhausen, ist nicht erschossen worden, sondern er ist im Rausch gefallen und hat einen tödlichen Schädelbruch erlitten.

Vöhrach, 6. Mai. (Einbruch.) Durch Einbruch wurden in dem Auslieferungsgeschäft von F. A. Hg Waren im Wert von beinahe 60 000 Mk. gestohlen.

Sv. Landeskirchenversammlung. ep. Stuttgart, 6. Mai. In rascher Folge wird heute eine Reihe von Paragraphen über Zusammenritt, Geschäftsregelung und Beschlußfassung des Landeskirchentags erledigt; der Kirchenvorstand soll das Recht haben, den Landeskirchentag aufzulösen, muß aber dann möglichst rasch, spätestens binnen 9 Monaten, einen neuen Landeskirchentag einberufen. Die Mitglieder sollen an keiner Veränderung des Kirchenverfassungsgesetzes, der Gottesdienstordnung und der kirchlichen Bücher sowie der Lehrverpflichtung der Geistlichen sollen nur mit Zweidrittelmehrheit beschloffen werden können. Eine lebhaft entwickelte Sprache über die Verteilung der Kirchengewalt unter die verfassungsmäßigen Organe knüpft sich an den § 21. Ein Antrag, dem Landeskirchentag auch die Oberaufsicht über die gesamte Kirchenverwaltung zuzuwenden, wird bis zur zweiten Sitzung zurückgestellt. Dem Kirchenvorstand wird das Recht gegeben, ein Gesetz, dem er nicht zustimmen vermag, innerhalb von drei Monaten nach seiner Annahme nochmals an den Landeskirchentag zurückzubringen.

Bermischtes.

Erdbeben. Am Mittwoch nachmittag 4 1/4 Uhr wurde das deutsche Erdbebenwarten eine starke Erschütterung verzeichnet, deren Herd vermutlich in der Schweiz liegt.

Der Brotpreis in München. Nachdem der Stadtrat in München die Höchstpreise für Mehl und Brot aufgehoben hat, setzte die Wuchererinnung den Preis für Brot auf 1.25 Mk., den für Mehl auf 1.75 Mk. das Pfund fest.

Die Fernsprechnetze. In zwei Versammlungen in Berlin verpflichteten sich die Teilnehmer, 2500 Personen, ihre Fernsprechanträge zu kündigen.

Hotelfreik. Der Hamburger Hotelbesitzer-Verein hat einstimmig beschlossen, vom Samstag Mittag an keine Gäste mehr in den Hotels aufzunehmen wegen des Streiks und der Gewalttätigkeit der Angestellten.

Diebstahl. In der Anilinfabrik Wolfers bei Bitterfeld wurden 12 Arbeiter verhaftet, die große Mengen Farben gestohlen und an Händler in Dessau veräußert hatten. 9 Fr. Farben im Wert von 90 000 Mk. konnten noch beschlagnahmt werden.

Wagen man Geld hat. Der Verband der Wiener Modegeschäfte für Damenkleider hat nach dem Beispiel der Pariser Geschäfte für die Pferdetaxen in Wien am 14. Juni einen „Großen Modeprei“ von 145 000 Kronen für Pferde aller Länder gestiftet.

Die befreiten deutschen Gefangenen in Frankreich. In Frankreich befinden sich in Gefangenenlagern noch deutsche Kriegsgefangene, die wegen Vergehen, die nicht auf dem Gebiet der Disziplin liegen, bestraft sind und die zurückhalten Frankreich sich ausbedungen hat. Ein solches Lager mit 400 Personen befindet sich in Avignon. Von dort sind jetzt drückende Klagen, die vom 5. April datieren, eingelaufen, die sich bitter über die völlige Abwesenheit von aller Welt und über die ungerechte Behandlung ihrer letzten Vergehen beklagen. Schmerzlich empfunden wird vor allem die Abschneidung des Postverkehrs, so daß die Leute ohne Nachrichten, ohne Pakete und ohne Geld sind und sich auch nichts kaufen können. Aus allem klingt die Sorge, daß sie in Deutschland vergessen sind, zumal das Rote Kreuz seine Tätigkeit aufgegeben hat. Es werden in den britischen Mitteilungen flehentliche Bitten an den Empfänger gerichtet, doch alle Mittel und Wege zu benutzen, um den Landsleuten zu helfen.



Handel und Verkehr.

Zahr, 6. Mai. Die „Zahrer Zeitung“ berichtet von hohen Ferkelpreisen, die auf dem Schweinemarkt in Haslach bezahlt wurden. So mußten für 4-6 Wochen alte Ferkel 500 bis 700 Mk. für das Paar, für 8-10 Wochen alte 800 bis 950 Mk. bezahlt werden.

Letzte Nachrichten.

W.B. Paris, 6. Mai. In amtlichen Kreisen bestätigt man, daß die Regierung vor der allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit in fixe Unterhandlungen eintreten wird.

Heute sind die Arbeiter in den Schieferbrüchen von Angers in den Ausstand getreten.

Von 10 000 Metallarbeitern in Le Havre streiken 7500.

Nach Havas-Meldungen ist die Lage auf allen Eisenbahnen günstig. Auf der Ost- und der Nordbahn wird der normale Verkehr anrecht erhalten.

Heute Morgen hat in London der Streik der Arbeiter des Arsenal's begonnen.

W.B. Gienzburg, 6. Mai. Anlässlich zweier aktuellen deutschen Rundgebungen gegen die Internationalisierungswünsche der dänischen Chauvinisten wurde eine Entschiedenheit angenommen, in der die mit dem Friedensvertrag in Widerspruch stehenden Bestimmungen, die 2. Zone zu einem unter internationaler Verwaltung stehenden Freistaat zu machen, zurückgewiesen und eine Grenze gezogen, die etwa der Tibj-Ni-Linie entspricht.

W.B. Berlin, 6. Mai. Die Reichshausaufhebung ist nunmehr endgültig auf die Zeit vom 11. bis 19. Juni d. J. festgesetzt. Sie wird am ersten genannten Tage vor-mittags 10 Uhr im Reichstagsgebäude eröffnet werden.

W.B. Kopenhagen, 6. Mai. Nach einem Telegramm des Pariser Korrespondenten der „Berliner Tageblatt“ hat der Volksrat beschlossen, die Verhandlungen über die Schleswiger Frage bis nach Ankunft des Kopenhagener französischen Gesandten in Paris zu vertagen.

Wetter.

Ein neuer Hochdruck bedeckt ganz Süddeutschland. Am Samstag und Sonntag ist trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut. Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Millionen Diebstahl. Der ukrainische Kurier Granowski hat in Wien einem Kollegen einige Pakete Banknoten im Betrag von mehreren Millionen Kronen und Rüchtern. Die Gelder waren Eigentum des ukrainischen Staats.

Verbrannt. In der Nervenklinik in Pankow bei Berlin brach in der Nacht zum 6. Mai Feuer aus, wobei zwei Patientinnen verbrannten. Der Brand entstand wahrscheinlich dadurch, daß zwei Patientinnen im Bett rauchten.

Bestimmungen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in Berlin, die vielfach zu halbamtlichen Veröffentlichungen benutzt wird, ist samt der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt in den Besitz des bekannten rheinischen Großindustriellen Stinnes, Mitglied der Zentrumspartei, übergegangen.

Der gefährlichste Vlag. Der französische General Cherin führte einmal die Kolonne der Avantgarde eines beschwerlichen und gefährlichen Weges in den spanischen Gebirgen und ermahnte dabei die Soldaten, alle Beschwerden mit Mut und Standhaftigkeit zu ertragen. Einer seiner Leute war so hoch, dem General zuzurufen: „Sie haben gut reden, General. Sie sitzen auf einem schönen Pferde, aber wir armen Soldaten müssen zu Fuß gehen.“ Sofort rief der General vom Pferde und bot mit freundlichen Worten dem Soldaten seinen Vlag an. Der Mann weigerte sich zwar, aber er mußte gehorchen. Kaum sah er jedoch im Sattel, so ward aus dem Hinterhalte auf ihn gefeuert. Der erste Schuß streckte ihn tot zu Boden. „Seht ihr“, sagte Cherin halbseitig zu den andern, „der höchste Vlag ist immer der gefährlichste.“ Er stieg wieder zu Pferde und ritt ruhig weiter. Auch anderswo als beim Militär, ist der höchste Vlag der gefährlichste!

Bezirksverband Jugendamt Nagold.

Wahl der Jugendkommission.

Zur Vollziehung des Jugendamtsgesetzes sind die Bezirke Nagold und Herrenberg durch Min. Entl. vom 3. März 1920 für die Errichtung eines gemeinsamen Jugendamts mit Sitz in Nagold vereinigt worden.

Die Leitung des hiernach zu bildenden Jugendamts Nagold liegt in der Hand einer Jugendkommission, deren Mitglieder, soweit sie nicht kraft Gesetzes berufen sind, demnachst vom Verwaltungsausschuß des Bezirksverbandes zu wählen sind.

Nach Artikel 6 Abs. 3 des J.-A.-G. sind Vereinigungen, die sich mit Kinder- und Jugendfürsorge beschäftigen, berechtigt, hierzu Vorschläge zu machen.

Es ergeht hiemit an die in den Bezirken Nagold und Herrenberg bestehenden Vereinigungen dieser Art die öffentliche Aufforderung, ihre Vorschläge, soweit nicht schon geschehen, bis spätestens 15. Mai 1920 bei dem Unterscheidungsamt einzureichen. Die Vereinigungen haben dabei den Nachweis, daß sie sich in den Bezirken Nagold und Herrenberg schon bisher mit Kinder- und Jugendfürsorge beschäftigt haben, durch Vorlage einer Fertigung ihrer Satzung zu erbringen.

Nagold, den 5. Mai 1920.

Der Vorsitzende: Ranz, Oberamtmann.

W. Amtsgericht Nagold.

In das Genossenschaftsregister Band IV Blatt 50 unter Nr. 46 wurde heute eingetragen:

Die Einkaufsgenossenschaft für das Bäcker-Gewerbe des Bezirks Nagold, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Das Statut ist vom 27. April 1920. Sitz der Genossenschaft ist Nagold.

Gegenstand des Unternehmens ist der gemeinschaftliche Einkauf der zum Betriebe des Bäckergewerbes erforderlichen Rohstoffe, Geräte und Werkzeuge und Ablass an die Mitglieder.

Der Vorstand besteht aus 3 Mitgliedern. Rechtsverbindliche Willenserklärung und Zeichnung für die Genossenschaft erfolgt durch 2 Mitglieder des Vorstandes. Die Zeichnung geschieht in der Weise, daß die Zeichnenden zu der Firma der Genossenschaft ihre Namensunterschrift hinzufügen.

Alle Bekanntmachungen der Genossenschaft sind in der „Allgemeinen deutschen Bäcker- und Conditoren-Zeitung Stuttgart“ zu veröffentlichen. Für den Fall, daß dieses Blatt eingehen oder aus anderen Gründen die Veröffentlichung in diesem Blatte unmöglich werden sollte, tritt der „Staatsanzeiger für Württemberg“ so lange an die Stelle dieses Blattes, bis für die Veröffentlichung der Bekanntmachungen der Genossenschaft durch Beschluß der Generalversammlung ein anderes Blatt bestimmt ist.

Das Geschäftsjahr fällt mit dem Kalenderjahr zusammen.

Die Mitglieder des Vorstandes sind:

Obermeister Gottlob Schuon in Nagold, Direktor,

Bäckermeister Gottfried Seeger in Nagold, Kassier,

Bäckermeister Fr. Denk in Altensteig, Geschäftsführer.

Die Einsicht der Liste der Genossen ist während der Dienststunden des Gerichts Jedem gestattet.

Den 5. Mai 1920.

Stv. Amtsrichter:

(gez.) Goppelt.

Strafbefehl.

Auf den Antrag der Staatsanwaltschaft wird gegen die Marie Stöckel, geb. Ueber, Landwirtschafterin in Egenhausen wegen Nichtablieferung — Vergehen gegen § 10 Nr. 1 u. 2 des Gesetzes betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln und Verbrauchsgegenständen vom 14. Mai 1879 — eine Geldstrafe von 100 Mark und im Falle diese nicht beigetrieben werden kann, eine Gefängnisstrafe von 1 Tag für je 10 Mark festgesetzt, auch derselben die Tragung der Kosten des Verfahrens auferlegt.

Nagold, den 1. April 1920.

Amtsgericht

gez. Alshöfer.

Die Richtigkeit der Abschrift des Strafbefehls wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Strafbefehls bescheinigt.

Nagold, den 5. Mai 1920.

Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts:

Jän.



Am Samstag Abend 8 Uhr

Monats-Versammlung

im Lokal.

Vollständiges Erscheinen erwartet

der Vorstand

Altensteig.

Sonntag, den 9. d. M.



nach Nagold. Abfahrt präzis 1 1/2 Uhr beim Bahnh. Hof. Der Vorstand.

Altensteig.

Jugendgruppe

der D. demokr. Partei

Am Sonntag, den 9. Mai

Maientour

durch das Röllbachtal, über Paternmühle und Hornberg nach Simmersfeld.

Freunde und Gönner der Partei sind freundlich eingeladen.

Abmarsch präzis 7 Uhr beim Bahnhof. — Rückkehr abends präzis 10 Uhr.

Der Ausschuss.

Gasthaus z. Löwen

Nagold.

Sonntag, den 9. Mai

humorist. Konzert

des bayer. Duettpairs

Sakl u. Merzl

in ihren bunten komischen Vorträgen. Erstmaliges Auftreten des Unikums Merzl und seine Verwandlungen, wozu höflich einladet

Franz Rurlendauer.

Abf. nachm. 2-6 Uhr und abends 7-11 Uhr.

Einen

Kinder-Schreibpult

verstellbar, hat abzugeben

wer? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Bereitschafts-Dienst

am nächsten Sonntag

Dr. Rich. Vogel

beim Waldhorn

Telefon Nr. 12.

Altensteig.

Frei eingetroffen: neue ungebrauchte

1) Etr.-Flaschen, grün u. weiß

2) „ „ grün

3) „ „ weiß

4) „ „ grün

5) „ „ weiß

6) „ „ grün

7) „ „ weiß

8) „ „ grün

9) „ „ weiß

10) „ „ grün

11) „ „ weiß

12) „ „ grün

13) „ „ weiß

14) „ „ grün

15) „ „ weiß

16) „ „ grün

17) „ „ weiß

18) „ „ grün

19) „ „ weiß

20) „ „ grün

21) „ „ weiß

22) „ „ grün

23) „ „ weiß

24) „ „ grün

25) „ „ weiß

26) „ „ grün

27) „ „ weiß

28) „ „ grün

29) „ „ weiß

30) „ „ grün

Altensteig. Vortrag.

Der angekündigte Vortrag des Herrn Bazille mußte um etwa 8 Tage

verschoben

werden.

Statt jeder besonderen Einladung!

Zwerenberg — Simmersfeld.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung erlauben wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Dienstag, den 11. Mai 1920

in das Gasthaus z. Lamm in Zwerenberg freundlichst einzuladen.

David Wurster Zimmermann in Zwerenberg.

Kathr. Wurster Tochter des Philipp Wurster in Simmersfeld.

Rückgang um 1/2 12 Uhr in Zwerenberg.

Altensteig.

Salpeter

27 Prozent Stickstoffgehalt unentbehrlich als Kospdüngung

Rohleinsaurer Kalk

Neßkalk (Maurer-Kalk)

empfiehlt

J. Wurster.

kann noch abgeben

Obiger.

Altensteig.

Das Hauswesen

von Marie Susanne K a b l e r mit Beigabe eines vollständigen

Kochbuches

ist wieder erschienen und zu

haben in der

W. Rieker'schen Buchhdlg.

Altensteig.

Altensteig.

Altensteig.

Altensteig.

Altensteig.

Altensteig.

Altensteig.

Altensteig.